

Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger
in Bayern von Markus Ferber, MdEP



Ausgabe Juli 2018

Griechenland auf gutem Weg?

Wie geht es nach dem Ende des Hilfsprogramms in Griechenland weiter? Markus Ferber, der in der vergangenen Woche zu Gesprächen mit hochrangigen Regierungsvertretern in Athen war, warnte im Plenum in Straßburg vor zu viel Optimismus: „Griechenland ist auf einem guten Weg, aber noch längst nicht über dem Berg.“ Sorgen bereitet Ferber insbesondere der besorgniserregende Zustand des griechischen Bankensystems. „Entscheidend wird sein, dass der Überwachungsrahmen, der auf das Hilfsprogramm folgt, genauso effektiv ist wie das Programm selbst. Hier stehen Kommission, der Europäische Stabilitätsmechanismus und die Eurogruppe nach wie vor in der Verantwortung.“

Grenzsicherheit: Strengere Kontrollen von Reisenden ohne Visumpflicht

„Die EU verschärft den Kampf gegen illegale Einwanderung und die Einreise von Kriminellen und Terroristen“, so Markus Ferber. Das Europäische Parlament bestätigte diese Woche die

neuen Regeln für ein EU-weites Reiseinformations- und Genehmigungssystem (ETIAS). Damit müssen sich alle Drittstaatsangehörigen, die visumsfrei in die EU reisen möchten, vor ihrer Einreise registrieren. Erst nach einer Sicherheitsüberprüfung erhält der Antragsteller eine Einreisegenehmigung oder eine Ablehnung. „So können frühzeitig erkennbare Sicherheitsbedenken vor der Einreise in die EU ermittelt und die Einreise verweigert werden“, erklärt Markus Ferber. Die Reisegenehmigung kostet 7 Euro und ist drei Jahre gültig.

Plenardebatte mit polnischem Premier Morawiecki

Markus Ferber kritisiert, dass die polnische Regierung die umstrittene Reform des polnischen Justizsystems trotz Kritik und Änderungsvorschlägen aus Brüssel umgesetzt hat. „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind die Grundlage der Europäischen Union. Diese Prinzipien müssen auch von Polen akzeptiert werden“, so Markus Ferber anlässlich der Debatte mit dem polnischen Premierminister Mateusz Morawiecki in Straßburg. Dieser verteidigte jedoch die umstrittenen

Justizreformen seiner Regierung und erntete dafür massive Kritik. „Das Verletzen oder Ignorieren europäischen Rechts und unserer universellen Werte in manchen Mitgliedstaaten ist Gift für die Zusammenarbeit und die Handlungsfähigkeit der EU“, betonte der Europaabgeordnete.

Bulgarien übergibt EU-Ratsvorsitz an Österreich

Der bulgarische Premierminister Boyko Borissov und der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz waren, anlässlich des Wechsels der EU-Ratspräsidentschaft, diese Woche in Straßburg im Plenum zu Gast. Ein besserer Grenzschutz, der künftige EU-Haushalt und die EU-Asylpolitik standen im Zentrum der Debatte mit Bundeskanzler Sebastian Kurz über das Arbeitsprogramm der EU bis Jahresende. Während ihrer sechsmonatigen Präsidentschaft im Rat will sich die österreichische Regierung in erster Linie für den verstärkten Schutz der EU-Außengrenzen zur langfristigen Erhaltung offener Binnengrenzen, verstärkter Wettbewerbsfähigkeit und Förderung von „High-Tech made in Europe“ einsetzen.



www.markus-ferber.de
E-Mail: info@markus-ferber.de

